



Auszug aus dem substanziellen Protokoll

9. Ratssitzung vom 6. Juli 2022

352. 2021/238

**Postulat von Brigitte Fürer (Grüne) und Jürg Rauser (Grüne) vom 02.06.2021:
Berücksichtigung der Ziele Netto-Null und 2000-Watt-Gesellschaft sowie der
7-Meilen Schritte zum umwelt- und energiegerechten Bauen bei der Anmietung
von Flächen**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Hochbaudepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegzunehmen.

Jürg Rauser (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4018/2021):
Unser Postulat fordert, dass die Ziele Netto-Null, 2000-Watt-Gesellschaft und 7-Meilen Schritte in der Stadt Zürich auch bei zugemieteten Flächen Beachtung finden. Diese Aspekte sind eine Selbstverständlichkeit, wenn es um Neubauten und Umbauten geht. Soziale Aspekte werden berücksichtigt, gutes Innenraumklima, Nachhaltigkeit und Suffizienz ebenfalls. Bei zugemieteten Flächen gelten in der Stadt Zürich bisher die rein technischen Aspekte. Man schaut auf die Flächen, auf die Grundrisse, auf die Nutzungsqualität, wo die Mietfläche liegt und wie sie verkehrstechnisch angeschlossen und erreicht werden kann. Qualitative Anforderungen bezüglich Energie sind uns nicht bekannt – diese fehlen. Wir möchten deshalb, dass auch diese Aspekte bei Mietobjekten der Stadt berücksichtigt werden. Sie können als Entscheidungskriterien dienen. Uns ist klar, der Spielraum ist nicht immer wahnsinnig gross. Es kommt auf das Mietobjekt an. Häufig gibt es keine riesige Auswahl an Mietflächen. Mietflächen sind rar in den Bereichen, in denen die Stadt sucht. Die Stadt gilt jedoch als gute Mieterin. Sie ist eine langfristige Mieterin und kann entsprechend Einfluss nehmen. Bei den 7-Meilen Schritten gibt es Aspekte beim Einsatz von Elektrizität. Dabei handelt es sich um Geräte, die die Stadt häufig selbst einbaut. Im Bereich der Mobilität können je nachdem mehr oder weniger Parkplätze zugemietet werden. Oder es kann ein Monitoring gemacht werden, bei dem der Energieverbrauch einer Liegenschaft nach zwei Jahren bewertet wird. Allenfalls kann eine Energieetikette hergestellt werden. Es braucht einen Vergleich bei verschiedenen Mietobjekten. Wenn die Stadt langjährige Mieterin ist, gäbe es auch die Möglichkeit, eine Photovoltaikanlage auf dem Dach zu installieren; 15 oder 20 Jahre für deren Amortisation sollten reichen. Wir fordern, dass die Stadt die Ziele Netto-Null, 2000-Watt-Gesellschaft und 7-Meilen Schritte auch bei ihren Mietliegenschaften anwendet und als Entscheidungskriterium aufnimmt.

Reto Brüesch (SVP) begründet den von Stephan Iten (SVP) namens der SVP-Fraktion am 16. Juni 2021 gestellten Ablehnungsantrag: *Die SVP-Fraktion lehnt das Postulat ab, aber nicht aus energetischen Gründen. Es gibt andere Ansätze. Der Stadtrat hat versprochen, Fremdmieten möglichst schnell zu reduzieren. Bisher ist dies nicht geschehen. Der Verwaltungsapparat wird auch in Zeiten von Corona immer grösser. Die Stadt*



2 / 2

mietet hauptsächlich bei den eigenen Departementen, bei Institutionen, Genossenschaften oder kirchlichen Organisationen. Für alle diese Organisationen gelten die internen Weisungen, dass sie ökologisch und energetisch unterwegs sein müssen. Die kirchlichen Organisationen sind daran, dies umzusetzen. Es sind aktuell nur 30 Objekte, die von privaten Personen und Organisationen gemietet werden. Für diesen Teil einen solchen Aufwand zu betreiben, ist übertrieben. Die Stadt benötigt Flächen meist kurzfristig oder als Zwischenlösung. Wird in solchen Fällen nur darauf geschaut, was ökologisch ist, geht es nicht auf. Die Auflagen für die Zumietung nach den Vorgaben der 7-Meilen-schritte sind bestimmt gut für langfristige Verträge der eigenen Liegenschaften. Die Stadt soll schauen, dass die zugekauften Liegenschaften energetisch gut sind. Daher lehnt die SVP den Vorstoss ab und hofft, dass die eigenen Liegenschaften in Zukunft optimiert werden. Man sieht es an den Liegenschaften im Verwaltungsvermögen: Dort macht man Optimierungen.

Weitere Wortmeldung:

Dr. Mathias Egloff (SP): *Wenn man böse sein möchte, könnte man sagen, wir schliessen ein Schlupfloch, damit die Stadt über Mietverträge nicht ihre eigenen Bindungen und Anforderungen unterlaufen kann. Das möchte ich allerdings nicht unterstellen. Ich finde es sinnvoll, dass man auch für den Fall einer Miete ein Verfahren entwickelt, bei dem man solche Kriterien einbezieht. Natürlich wollen wir die Fremdmieten reduzieren. Das heisst nun nicht, dass wir während der Zeit, in der wir die Fremdmieten noch benötigen, nicht in Betracht ziehen sollten, wie wir es machen. Das ist der Hauptgrund. Wir stimmen zu.*

Das Postulat wird mit 82 gegen 30 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat